

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Peter Westenthaler, Josef Bucher
Kollegin und Kollegen

betreffend Steuersenkung mit Wirkung ab dem 1. Jänner 2009

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage betreffend Missbrauch des Innenministeriums für parteipolitische Zwecke in der Sitzung des Nationalrates vom 3. März 2008

Die von Tag zu Tag dramatischer werdenden Vorwürfe des Machtmissbrauchs im Bereich des Innenministeriums und des rücksichtslosen missbräuchlichen Einsatzes von Exekutivbeamten für parteipolitische Zwecke verunsichern und erschrecken die Österreicherinnen und Österreicher. Jede Maßnahme, die Exekutivbeamte gegenüber politischem Druck unabhängiger macht, ist daher wichtig und notwendig. Finanzielle Entlastungen durch entsprechende steuerliche Maßnahmen sind mit von großer Bedeutung, um Korruption schon im Ansatz zu vermeiden. Wenn in Zeiten dramatischer Teuerungswellen und Gehaltsabschlüssen, die gerade im unteren Einkommensbereich von der kalten Progression aufgrund des Fehlens entsprechender Senkungen - insbesondere im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer - mehr als aufgeessen werden, trägt das nicht dazu bei, die Exekutivbeamten gegenüber Korruption und parteipolitischer Instrumentalisierung resistent zu erhalten. Die aktuelle Belastungs- und Teuerungswelle muss daher auch im Interesse der Sicherheit (aber aus Gründen der Gerechtigkeit selbstverständlich nicht auf diesen Bereich beschränkt) durch sofortige Steuersenkungen bereits ab 1. Jänner 2009 abgedeckt werden, damit die finanzielle Situation Exekutivbediensteter nicht gegenüber politischen Wünschen gefügig macht.

Wenn in Zeiten dramatischer Teuerungswellen gerade bei den unteren Einkommensbeziehern der soziale Abstieg und das Fallen unter die Armutsgrenze trotz Erwerbstätigkeit unvermeidlich wird, droht bei Unterlassen geeigneter Gegenmaßnahmen der soziale Friede nachhaltig gestört zu werden. Zu geringe Gehalts- und Pensionsanpassungen werden aufgrund der kalten Progression sowie der enormen Teuerungen aufgeessen und haben damit reale Einkommenseinbußen zur Folge.

Das BZÖ hat bereits zu Beginn dieser Gesetzgebungsperiode eine sofortige Steuersenkung gefordert, weil die steigenden Belastungen und die aktuelle Teuerungswelle die Existenzgrundlage der Menschen auffressen.

Allein die Erhöhung der Mineralölsteuer hat einen Anteil von rund 7 % an dieser Teuerung. „Brot wurde um fast 7 Prozent teurer, Weizenmehl um fast 9 Prozent, Teigwaren um 13 Prozent – und Butter gar um mehr als 26 Prozent!“ übt der Direktor der Arbeiterkammer Werner Muhm am 15.11.2007 Kritik an diesen Steigerungen.

In diesem Jahr ist weiter keine Entspannung der Teuerungen zu erwarten. Im Gegenteil! Wirtschaftsforscher von IHS und WIFO gehen davon aus, dass die Teuerungswelle auch 2008

bei über drei Prozent liegen wird. Brot könnte um zehn Prozent, Gas um sieben Prozent, Fleisch um fünf sowie Mieten um drei Prozent teurer werden, womit die Lohnerhöhungen für 2008 im besten Fall nur aufgefressen werden, so die pessimistischen Prognosen der Experten. (APA 402, 20.12.2007)

Diese alarmierende Entwicklung bestätigt Sozialminister Buchinger in der parlamentarischen Anfragebeantwortung 1210/AB vom 30.08.2007, wenn er darauf hinweist, dass *„bereits 250.000 Menschen in Haushalten mit niedrigen Pro-Kopf-Einkommen trotz Erwerbsarbeit von Armutsgefährdung betroffen sind.“*

Angesichts dieser horrenden Preissteigerungen stoßen viele Österreicherinnen und Österreicher, insbesondere Familien, Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher sowie Bezieher niedriger und mittlerer Pensionen, vor allem aber auch Polizistinnen und Polizisten mit niedrigen Einkommen bei Deckung der Lebenshaltungskosten an ihre finanziellen Grenzen. Ja, selbst das Heizen ist für eine Vielzahl von Betroffenen bereits zum Luxus geworden.

„Gerade die steigenden Lebenshaltungskosten, vor allem die Teuerungen von Grundnahrungsmitteln und Heizkosten schlagen sich stark auf die schmalen Budgets von Menschen, die in Armut leben, nieder und vergrößert damit den von Armut betroffenen Personenkreis,“ so die Armutskonferenz in einer Aussendung vom 25.11.2007.

Dazu kommt, dass durch ein Nicht-Umsetzen einer sofortigen Steuerentlastung und einer damit verbundenen Abfederung der „kalten“ Steuerprogression diese weiterhin voll zuschlägt, und damit die Österreicherinnen und Österreicher in diesem Jahr sogar Reallohneinbußen in Kauf nehmen müssen. Laut Berechnungen der Arbeiterkammer verursacht die kalte Progression allein in diesem Jahr eine zusätzliche jährliche Mehrbelastung in Höhe von 1,1 Mrd. Euro für Österreichs Arbeiter, Angestellte und Pensionisten.

Diese Tatsache gefährdet den aufstrebenden und leistungsorientierten Mittelstand, der durch die immer weiter aufgehende Einkommens- und Steuerbelastungsschere massiv belastet wird. Dazu kommt, dass gerade die kleineren und mittleren Einkommensbezieher durch die gegenwärtig vorherrschende inflationäre und bloß exportwachstumsorientierte Wirtschaftssituation eine schleichende Schlechterstellung in Form von realen Einkommenseinbußen erfahren. Diesen österreichischen Leistungsträgern als Rückgrat der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft und als Garant sozialer und gesellschaftspolitischer Stabilität steht ein Teil des konjunkturellen Aufschwungs zu.

Ein sofortiges Steuersenkungsprogramm ist daher das Gebot der Stunde im Sinne einer Kaufkraftstärkung für eine starke Binnenkonjunktur, die geeignet ist, ein langfristiges und stabiles Wirtschaftswachstum abzusichern. Denn es besteht die Gefahr, dass es bei Nachlassen der guten Konjunktur unmöglich wird, wirksame Maßnahmen zu setzen. Durch die vorherrschende Teuerungswelle und die kalte Progression hatte der Finanzminister allein im Jahr 2007 Steuermehreinnahmen in Höhe von 4,3 Milliarden Euro, wodurch eine Steuersenkung nicht nur notwendig, sondern auch möglich erscheint.

Hier muss der Nationalrat als oberster Vertreter österreichischer Interessen der Bundesregierung einen klaren Auftrag erteilen, um damit den Mittelstand und die unteren Einkommensbezieher als Hauptbetroffene der Teuerungswelle sofort zu entlasten!

Am Scheideweg der „großen“ Koalition hat nun auch Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer die derzeitigen Umstände - ein flacheres Wirtschaftswachstum und trotz guter

Lohnerhöhungen keine realen Lohnzuwächse - und die damit in Zusammenhang stehenden notwendigen Handlungen für Österreich erkannt. Deshalb hat sich Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer für ein Vorziehen der geplanten Steuerreform auf 1. Jänner 2009 und damit für eine vorgezogene Steuersenkung ausgesprochen, wobei gemeinsam mit einer Steuerreform auch die Gesundheitsreform mit einer Sanierung der Krankenkassen bereits Anfang 2009 in Kraft treten müsse. In beiden Fällen "kann es (laut Dr. Gusenbauer) keine Verschiebung geben". Auch ein Nulldefizit als Voraussetzung für eine Steuerreform bzw. Steuersenkung lässt der Bundeskanzler nicht mehr gelten und meint: "Die Voraussetzung ist, dass die Menschen mehr Geld in der Tasche haben. Null wird in jedem Fall vorn sein, ob 0,5, 0,3 oder 0,4 ist eine sekundäre Frage."

Die von Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer in der „Pressestunde“ am 24. Feber 2008 erhobene Forderung nach einer Steuersenkung schon 2009 wurde von zahlreichen SPÖ-Politikern, unter ihnen auch Verkehrsminister Werner Faymann und SPÖ-Klubobmann Josef Cap, begrüßt und unterstützt, wie folgende Zitate belegen:

- Erich Haider, SPÖ Vorsitzender OÖ am 27.02.2008 (OTS 0215): „Angesichts der hohen Inflation und Progressionsfalle für Lohnsteuerpflichtige ist eine Steuerreform ab 2009 ein Gebot der Stunde.“
- SPÖ-Finanzstaatssekretär Matznetter am 26.02.2008 (OTS 0161): “Die Steuerreform ist mit 1.1.2009 völlig richtig terminisiert, denn die Rahmenbedingungen haben sich geändert.“
- Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am 25.02.2008 (OTS 0204): „Gerade allein erziehende Frauen sind von der rasanten Teuerung stark betroffen und müssen jeden Cent zweimal umdrehen. Daher ist es absolut sinnvoll, die Entlastung der kleinen mittleren Einkommen so rasch als möglich umzusetzen.“
- Wirtschaftskammer Vize-Präsident Strobl am 25.02.2008 (OTS 0168): „2009 wäre daher der ideale Zeitpunkt für eine Steuerreform, die den Klein- und Kleinstbetrieben nützt und den Mittelstand entlastet.“
- Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi am 24.02.2008 (OTS 058): “Ich freue mich, dass Bundeskanzler Alfred Gusenbauer meine Forderung nach Vorziehung der Steuerreform auf den 1.1.2009 aufgegriffen hat.“
- Auch der Landesgeschäftsführer der SPÖ Kärnten Gerald Passegger pocht auf eine Steuersenkung mit 1. Jänner 2009, (Homepage der SPÖ-Kärnten): In dieser „alles entscheidenden Frage“ müsse die SPÖ „Stärke und kompromisslose Geschlossenheit“ zeigen.
- Wiens Bürgermeister Michael Häupl spricht sich ebenfalls für eine vorgezogene Steuerreform 2009 aus (ORF-Homepage seit 26.02.2008): Wichtige Aufgaben dieser Regierung seien die Lösung der Gesundheitsfinanzierung und eine wegen der Teuerungswelle vorgezogene Steuerreform.
- Auch Landeshauptfrau Gabi Burgstaller hat sich am 25.02.2008 für eine Steuerreform 2009 ausgesprochen (ORF Salzburg): „Voraussetzung, um die Reform vorzuziehen, ist die Entlastung von kleinen und mittleren Verdienern.“

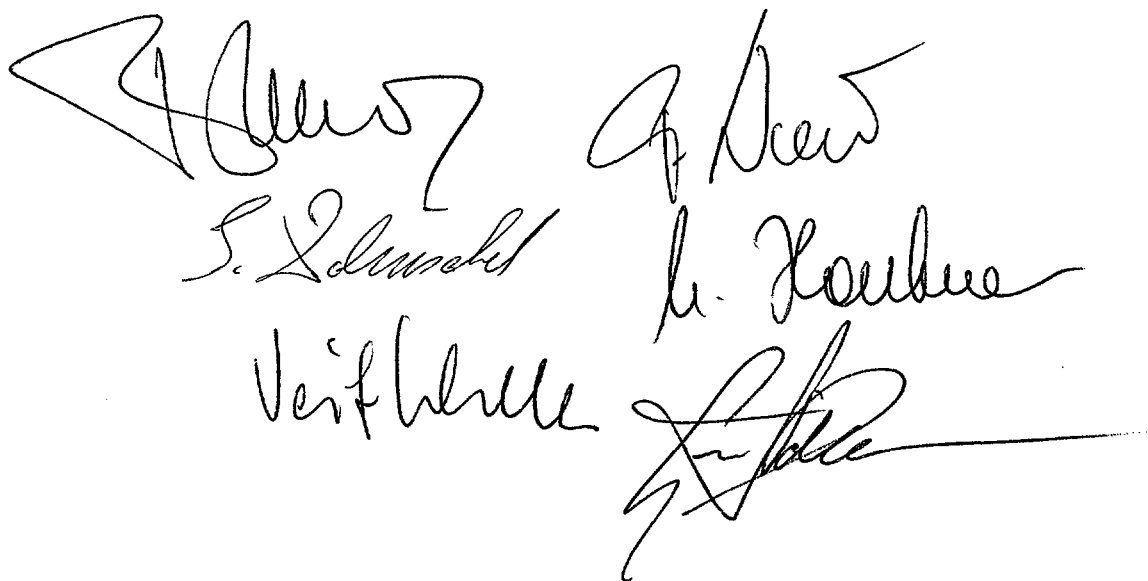
- Landeshauptmann Hans Niessl hat sich erfreut über die Ankündigung von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer gezeigt, die Steuerreform auf 2009 vorzuziehen. Das sei ein richtiger und ganz wichtiger Schritt, so Niessl am 24.02.2008 (ORF Burgenland).

Die unterzeichneten Abgeordneten schließen sich den Aussagen oben zitierter SPÖ Politiker an und stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zu übermitteln, die eine Steuersenkung bereits mit Wirkung ab 1. Jänner 2009 sicherstellt."



The image shows five handwritten signatures in black ink, arranged in two columns. The signatures are: top left, a large stylized signature; middle left, 'S. Schmid'; bottom left, 'Verf. Herrle'; top right, 'A. Neuwirth'; middle right, 'H. Korbner'; bottom right, a long, flowing signature.

Wien, am 3. März 2008